

17. Februar 2026

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresanfang 2026

DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov: „Mit angezogener Handbremse kommen wir aus dem Tal nicht heraus“

Gesamtwirtschaft leidet weiter unter strukturellen Problemen. Lichtblicke in einzelnen Branchen. DIHK fordert: 2026 muss das Jahr echter Reformen werden.

Die deutsche Konjunktur kommt auch 2026 nicht vom Fleck. Geopolitische Unsicherheiten, hohe Standortkosten und eine schwache Inlandsnachfrage liegen wie Blei auf der Wirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommt die Konjunkturumfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) zum Jahresbeginn 2026, die die Stimmungslage von rund 26.000 Unternehmen aus allen Branchen und Regionen abbildet. „Die wachsende Weltwirtschaft und erhöhte Staatsausgaben, etwa für Sicherheit und Verteidigung, geben einzelnen Bereichen leichten Auftrieb. In der Breite kommt davon jedoch zu wenig an“, erklärt DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov. „Gerade in Zeiten, in denen sich die Weltwirtschaft fundamental neu ordnet, ist das besorgniserregend. Der internationale Wettbewerb wird stärker. Dafür müssen wir uns deutlich mehr anstrengen, um unsere Position zu behaupten.“

Nur ein Viertel der Unternehmen bewertet seine Geschäftslage zu Jahresbeginn als gut, ein weiteres Viertel als schlecht. Trotz angekündigter Reformen der Bundesregierung ist auch der Blick nach vorne nur geringfügig optimistischer als noch im Herbst: Jedes vierte Unternehmen rechnet mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. Der DIHK-Stimmungsindex – ein Mittelwert aus der Beurteilung der Wirtschaftslage und der Geschäftserwartung – steigt leicht um zwei Zähler an. Mit 95,9 Punkten liegt er jedoch deutlich unter dem langjährigen Mittel von 110 Punkten.

„Auf Basis dieser Zahlen rechnen wir 2026 mit einem schwachen Wachstum von einem Prozent, das zu einem großen Teil auf Statistik- und Kalendereffekten beruht“, erklärt Melnikov. „Das ist zu wenig, unsere Wettbewerber sind dynamischer.“ So sei die Weltwirtschaft seit 2019 um 19 Prozent gewachsen, die Wirtschaft in den USA um 15 Prozent und in Italien immerhin noch um 6 Prozent. „Nur in Deutschland treten wir seit 2019 mit 0,2 Prozent auf der Stelle“, so Melnikov. „Wer unseren Wohlstand sichern will, muss jetzt konsequent an den Standortfaktoren arbeiten.“

Die Umfrage unterstreicht die strukturellen Belastungen: Als Geschäftsrisiken nennen die Unternehmen nicht nur konjunkturelle Risiken wie die schwache Nachfrage im Inland (59 Prozent). Sie sehen sich insbesondere auch durch strukturelle Faktoren wie gestiegene Arbeitskosten (59 Prozent), unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (58 Prozent) und hohe Energie- und Rohstoffpreise (48 Prozent) belastet.

„Die Bundesregierung hat Reform- und Entlastungspakete angekündigt, aber in den Betrieben ist davon bislang wenig spürbar. Mit angezogener Handbremse kommen wir aus dem Tal nicht heraus“, sagt Melnikov. „Wir müssen jetzt zwei Gänge hochschalten und das Tempo erhöhen: Bürokratie runter, Arbeits- und Energiekosten runter, Regeln verlässlich. Das schafft Vertrauen und setzt Investitionen frei.“

Aktuell plant nicht einmal jedes vierte Unternehmen (23 Prozent) höhere Investitionen, fast jedes dritte (31 Prozent) will sie dagegen kürzen. „Damit lässt sich die bestehende Lücke nicht schließen: Die privaten Investitionen liegen 11 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau“, so Melnikov. Investiert wird vor allem in Ersatz (66 Prozent) und Rationalisierung (34 Prozent), Innovationen und Kapazitätserweiterung spielen weiterhin nur eine untergeordnete Rolle.

Auch auf dem Arbeitsmarkt bleiben die Unternehmen zurückhaltend: Ein Viertel der Betriebe (23 Prozent) rechnet mit sinkenden Mitarbeiterzahlen, während lediglich zwölf Prozent planen, ihr Personal aufzustocken. „Die schlechten Beschäftigungspläne belasten auch den Arbeitsmarkt. Erstmals seit elf Jahren sind wieder mehr als drei Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Mit einer schnellen Trendumkehr ist auf Basis der vorliegenden Personalpläne nicht zu rechnen“, sagt Melnikov.

Etwas Hoffnung machen hingegen die Exporterwartungen: Trotz der handelspolitischen Turbulenzen rechnen 22 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten mit steigenden Ausfuhren – drei Prozentpunkte mehr als im Herbst. Ebenfalls 22 Prozent erwarten ein Minus. Zuletzt waren es noch 29 Prozent.

„Die Bemühungen der EU für mehr Freihandelsabkommen sorgen für etwas mehr Optimismus in der Exportindustrie“, erklärt Melnikov. „Doch der Wettbewerbsdruck ist groß und die Unsicherheiten bleiben hoch. Angesichts dieses herausfordernden internationalen Umfelds muss die Bundesregierung dringend handeln. Damit Abkommen wirklich helfen, braucht es einen attraktiven und effizienten Standort Deutschland. Dazu muss jetzt Schluss sein mit Reförmchen. 2026 muss das Jahr echter Reformen werden.“

Ansprechpartnerin:

Julia Löffelholz
Pressesprecherin
Bereich Kommunikation

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29 | 10178 Berlin

Tel +49 30 20308-1630

Mobil +49 151 11314658

E-Mail loeffelholz.julia@dihk.de | www.dihk.de